



AUSWÄRTIGES AMT

PRESSEREFERAT Telefon: 030 / 18 17-2058

Fax: 030 / 18 17-3030

=====

Mittwoch, 23. April 2008

141/08

Auswärtiges Amt kritisiert erneute Verurteilung eines syrischen Oppositionellen

Die erste Strafrechtskammer des Militärgerichts in Damaskus hat heute (23.04.) den syrischen Oppositionellen Dr. Kamal Labwani unter dem Vorwurf der Propaganda und der Verbreitung falscher Informationen erneut zu drei Jahren Haft verurteilt. Der Vorsitzende der Liberal-Demokratischen Union Syriens war bereits am 10. Mai 2007 zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Seine Strafe erhöht sich damit auf 15 Jahre. Die deutsche EU-Präsidentschaft hatte am 11. Mai 2007 die syrischen Stellen aufgefordert, das Urteil aufzuheben.

Die erneute Verurteilung von Dr. Labwani steht im Widerspruch zu den Verpflichtungen aus dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, den Syrien 1969 ratifiziert hat. Dr. Labwani setzt sich gewaltfrei für die Stärkung von Demokratie und Meinungsfreiheit in Syrien ein. Es bestehen zudem Zweifel, dass der Anspruch des Angeklagten auf ein faires Gerichtsverfahren gewahrt wurde. Daher fordert die Bundesregierung die syrische Justiz erneut auf, das Urteil zu revidieren.

Pressereferat - Auswärtiges Amt
Berlin, 23.04.2008



AUSWÄRTIGES AMT

PRESSEREFERAT Telefon: 030 / 18 17-2058

Fax: 030 / 18 17-3030

Dienstag, 29. Januar 2008
025/08

Bundesminister Steinmeier fordert Freilassung des syrischen Bürgerrechtlers Riad Seif

Gestern Abend wurde der syrische Bürgerrechtler und Oppositionelle Riad Seif in seiner Wohnung in Damaskus verhaftet. Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier forderte heute (29.01.) in Berlin seine sofortige Freilassung:

„Die Verhaftung von Riad Seif ist inakzeptabel. Ich fordere die syrischen Behörden auf, ihn unverzüglich freizulassen. Herr Seif setzt sich seit vielen Jahren mutig für die Stärkung der Demokratie in seinem Land ein. Die Bundesregierung hat sich gegenüber der syrischen Regierung mehrfach für ihn eingesetzt. Es darf nicht sein, dass jenen, die mit friedlichen Mitteln für politische Reformen in Syrien, für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte kämpfen, die Freiheit entzogen wird!

Das gestern in Damaskus eröffnete Gerichtsverfahren gegen zehn Mitglieder der „Nationalversammlung der Damaskus-Erklärung“ erfüllt mich ebenfalls mit großer Sorge. Ich erinnere in diesem Zusammenhang die syrischen Behörden und Justizorgane nachdrücklich an die von Syrien eingegangenen Verpflichtungen aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und aus dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966.“

Pressereferat - Auswärtiges Amt
Berlin, 29.01.2008

**Declaration by the Presidency on behalf of the EU on the situation of Human Rights
Defenders in Syria**

Date: 2007-12-31

The EU is deeply concerned about the recent detention of members of a pro-democracy grouping in support of the "Declaration of Damascus", in Syria.

The EU recalls Syria's international commitments, namely the Universal Declaration on Human Rights and more specifically the International Covenant on Civil and Political Rights, which Syria has signed and ratified and that clearly states the right to freedom of expression (article 19) and the right to freedom of assembly (article 21).

The EU also fears for their safety and physical integrity and calls upon the Syrian authorities to comply with article 10 from the International Covenant on Civil and Political Rights which states that " 1. All persons deprived of their liberty shall be treated with humanity and with respect for the inherent dignity of the human person".

The EU urges the Syrian authorities to immediately release all of those detained while freely and peacefully expressing their opinions and to ensure that all Human Rights Defenders in Syria are able to operate free of all restrictions and harassment.

http://www.eu2007.de/de/News/CFSP_Statements/April/0424Syrien.html

24.04.2007

Erklärung der Präsidentschaft der EU über die Verurteilung des syrischen Menschenrechtsanwalts Anwar al-Bunni

Die Präsidentschaft drückt ihr Bedauern darüber aus, dass am 24. April 2007 Anwar al-Bunni, ein bekannter syrischer Menschenrechtsverteidiger, in Damaskus wegen der Verbreitung von Informationen über die Menschenrechtssituation zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde. Die Europäische Union ist tief besorgt über wiederholte Fälle der Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern in Syrien.

Die Europäische Union ruft Syrien dazu auf, die Erklärung der Vereinten Nationen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern (Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms), welche die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1998 im Konsens angenommen hat, zu unterstützen und vollständig umzusetzen.

Die Europäische Union bekräftigt erneut die vom Europäischen Rat im Juni 2004 beschlossenen -Leitlinien zu Menschenrechtsverteidigern.

http://www.eu2007.de/de/News/CFSP_Statements/May/0511Syrien.html

11.05.2007

Erklärung der Präsidentschaft der Europäischen Union über die Verurteilung von Dr. Kamal Labwani

Die Präsidentschaft der Europäischen Union bedauert außerordentlich, dass . Kamal Labwani am 10. Mai 2007 zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe, umgewandelt in 12 Jahre Haft, verurteilt worden ist.

Das Urteil gegen den syrischen Staatsbürger und Vorsitzenden der Liberal-Demokratischen Union fußt auf Behauptungen über angebliche Machenschaften oder Kontakte mit einer fremden Macht zur Herbeiführung einer feindlichen Handlung gegen Syrien - ein Vorwurf, der erst später in die Anklage mit aufgenommen wurde. Am 8. November 2005 war . Labwani wegen des Vorwurfs der Verbreitung von Unwahrheiten oder Fehlinformationen verhaftet worden. Diese Anklage wurde 2006 im Zuge einer Generalamnestie fallen gelassen.

Die Europäische Union bekräftigt ihr Bekenntnis zu

Meinungsfreiheit und dem Recht auf ein faires Verfahren, wie sie im von Syrien am 21. April 1969 ratifizierten Pakt der Vereinten Nationen über Bürgerliche und Politische Rechte niedergelegt sind. Die Europäische Union hegt ernste Zweifel, dass diese Rechte des Angeklagten geachtet wurden. Die Europäische Union fordert deshalb die syrischen Stellen auf, das Urteil aufzuheben.

http://www.eu2007.de/de/News/CFSP_Statements/May/0514Syrien.html

14.05.2007

Erklärung der Präsidentschaft der EU zur Verurteilung des Intellektuellen Michel Kilo und des politischen Aktivisten Mahmoud Issa in Syrien

Die Präsidentschaft der Europäischen Union ist tief besorgt über die Verurteilung des syrischen Intellektuellen Michel Kilo und des syrischen politischen Aktivisten Mahmoud Issa zu je drei Jahren Haft am 13. Mai 2007 durch einen Strafgerichtshof in Damaskus. Die Präsidentschaft bedauert, dass Michel Kilo und Mahmoud Issa allein für die Äußerung ihrer politischen Ansichten verurteilt wurden.

Die Präsidentschaft ruft die Arabische Republik Syrien auf, die Meinungsfreiheit und das Recht auf ein faires Verfahren zu achten, wie sie im von Syrien 1969 ratifizierten Pakt der Vereinten Nationen über Bürgerliche und Politische Rechte niedergelegt sind. Sie fordert die zuständigen syrischen Behörden nachdrücklich auf, die Urteile aufzuheben, die vor dem Militärgericht Damaskus noch anhängigen Klagen fallenzulassen und sowohl Michel Kilo als auch Mahmoud Issa freizulassen.